

Koalition der Unterwürfigen

Der starke Rechtsruck in Lateinamerika geht Hand in Hand mit einer ausdrücklichen Unterordnung gegenüber den USA und ihrer militärischen Präsenz in der Region

Von Volker Hermsdorf

Südlich des Grenzflusses Rio Grande wächst die Kriegsbereitschaft. Nachdem im Januar 2014 noch alle 33 Mitgliedsländer der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) die Region zu einer »Zone des Friedens« erklärt hatten, stimmten mehrere rechte Regierungschefs in der vergangenen Woche dem Einsatz von US-Streitkräften in ihren Ländern zu. Bei der offiziell als Kampf gegen Drogenkartelle bezeichneten Offensive geht es tatsächlich um die Durchsetzung der nach US-Präsident Donald Trump benannten »Donroe-Doktrin«, mit der Washington die Kontrolle über ganz Lateinamerika und dessen Ressourcen beansprucht. Zugleich soll der Einfluss anderer Akteure, vor allem Chinas, in der Region zurückgedrängt werden.

Erinnerung an Pinochet

Voraussetzung für einen Erfolg der militärischen Ambitionen zur Rückeroberung des einstigen US-»Hinterhofs« ist der in den vergangenen Jahren erfolgte Rechtsruck in der Region. Peru, wo Keiko Fujimori (Tochter des ehemaligen Diktators Alberto Fujimori) mit unter einem Prozent Vorsprung die diesjährigen Wahlen gewann, und Kolumbien, wo der Multimillionär Abelardo de la Espriella im August ähnlich knapp siegte, sind die vorerst letzten Dominosteine, die im Sommer gefallen sind. Der Prozess begann jedoch Jahre zuvor. Vom Pinochet-Verehrer José Antonio Kast in Chile über Nasry Asfura in Honduras, Rodrigo Paz in Bolivien und Javier Milei in Argentinien bis zum Bananenmogul Daniel Noboa in Ecuador sowie Luis Abinader in der Dominikanischen Republik und Nayib Bukele in El Salvador haben Politiker aus dem rechtskonservativen bis ultrarechten Spektrum, die sich eng an Washington orientieren, bei Wahlen in den vergangenen Jahren eine allerdings meist knappe Mehrheit erhalten.

Die neoliberalen und libertären Ideologien einiger dieser Staats- und Regierungschefs erinnern an den Einfluss des US-Wirtschaftsgurus Milton Friedman und seiner »Chicago Boys« auf die Politik des chilenischen Diktators Augusto Pinochet in den 1970er Jahren. Kast, Milei, Bukele und andere stehen für eine moderne, gemäßigtere Version von dessen Wirtschafts- und Außenpolitik. Und wie Pinochet verdanken sie ihre – allerdings nicht durch einen Militärputsch, sondern durch Wahlen erlangte – Macht unter anderem auch der Einmischung durch die US-Regierung.

Zwar haben sich in den vergangenen Jahren und Monaten in Lateinamerika Vertreter der Rechten aus unterschiedlichen Gründen gegen progressive Parteien und Politiker durchgesetzt, doch seit Trumps zweitem Amtsantritt im Januar 2025 hat sich dies deutlich verstärkt. Der US-Präsident zeigt keinerlei Hemmungen, direkt in Wahlkämpfe einzugreifen. So beeinflusste er die Zwischenwahlen in Argentinien Ende 2025 mit der Zusage eines Hilfspakets in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar, wenn Mileis Partei gewinnt. Bei den Wahlen in Honduras intervenierte er mit der Drohung finanzieller Sanktionen. Auch in Kolumbien nahm er zuletzt offen Partei für de la Espriella.

In Brasilien wird bei Präsidentschaftswahlen im Oktober Flávio Bolsonaro, Sohn des ultrarechten Expräsidenten Jair Bolsonaro, unterstützt von Trump und den US-Techkonzernen, gegen den progressiven Amtsinhaber Luiz Inácio Lula da Silva antreten. Der ehemalige Metallgewerkschafter forderte Trump zwar vorsorglich dazu auf, »sich nicht in die brasilianischen Wahlen« einzumischen, doch so kurz vor den US-Zwischenwahlen im November wird das Weiße Haus nichts unversucht lassen, um im bevölkerungsreichsten und größten Land Südamerikas einen Wechsel zu seinen Gunsten herbeizuführen.

China zurückdrängen

Während Venezuela, das ölreichste Land der Welt, von den USA faktisch militärisch und ökonomisch erpresst wird, Nicaragua und Kuba ihre Souveränität zwar wie kleine »gallische Dörfer der Unbeugsamen« tapfer verteidigen, aber durch permanente Drohungen und erstickende Sanktionen weitgehend ihrer Handlungsfähigkeit beraubt sind, stört neben Brasilien nur noch Mexiko Trumps angestrebte Kontrolle des gesamten Kontinents.

Die im Dezember 2025 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie der USA definiert die Ziele von Trumps Außenpolitik unter dem Motto »America First« im Stil der historischen Monroe-Doktrin von 1832. Grundsätzlich geht es darum, »die Größe der USA zu wahren und auszubauen«. Das reicht von einer harten Antimigrationspolitik über den Ausbau des US-Militärs bis hin zur Ausrichtung der internationalen Beziehungen auf US-Interessen. Ein Baustein dafür ist die im März 2026 gegründete Allianz »Schild der Amerikas«, zu der Trump zwölf Länder Lateinamerikas und der Karibik mit ihm genehmen Regierungen eingeladen hatte. Neben dem angeblichen »Kampf gegen den Drogenhandel« besteht deren Auftrag im Zurückdrängen des Einflusses von China.

Während andere Länder kaum eigene Basen außerhalb ihrer Grenzen unterhalten, verfügen die Vereinigten Staaten – nach Recherchen der Friedensorganisation »World Beyond War« – mit über 877 Militärbasen in 95 Ländern (Stand Mitte 2025) über das weltweit größte Netz militärischer Stützpunkte. Dazu kommen seit 2020 auch 81 neue Basen in 20 Ländern. In Lateinamerika ist Kolumbien mit zwei Marine-, drei Luftwaffen- und zwei Armeestützpunkten einer der wichtigsten militärischen US-Partner. Auch in anderen Ländern der Region sind US-Militärs – oft gegen den Widerstand der Bevölkerung – zunehmend präsent. Obwohl sich in Ecuador bei einem Referendum im vergangenen November über 60 Prozent der Stimmberechtigten gegen ausländische Militärbasen ausgesprochen hatten, erlaubte Staatschef Noboa Ende Dezember Angehörigen der US-Luftwaffe die

Landung auf einem Luftwaffenstützpunkt in der Küstenstadt Manta. Zeitgleich landeten US-Soldaten in Peru. Darüber hinaus durften die USA die Galápagos-Inseln für Militäreinsätze nutzen, um ihre Seekontrolle im Pazifik zu erweitern. Auch der Inselstaat Trinidad und Tobago überlässt den US-Streitkräften auf Anforderung seine Flughäfen. Während all dies offiziell mit angeblichen Antidrogeneinsätzen gerechtfertigt wird, erfolgte zwei Wochen nach Landung von Trumps Soldaten in Ecuador und Peru der Überfall auf Venezuela, bei dem Präsident Nicolás Maduro und dessen Ehefrau Celia Flores verschleppt wurden.

Am Mittwoch vergangener Woche kündigte Hegseth nun eine weitere Eskalation an. Kolumbien, Guatemala und Honduras hätten den USA – nach Ecuador – ebenfalls die Durchführung von »Militäroperationen gegen kriminelle Gruppen« auf ihrem Staatsgebiet gestattet. »Es wird so sein, wie Sie es bei den Angriffen auf Drogenboote gesehen haben«, sagte der Kriegsminister während einer Militärübung im Dschungel von Panama. Bei mehr als 60 Attacken auf meist zivile Boote, die ohne Beweise des Drogenschmuggels beschuldigt wurden, haben US-Militärs bereits mehr als 200 Menschen getötet. Hegseth versprach den »gleichen Effekt an Land«. Diese Ausweitung markiere »eine neue Phase in Trumps Kampagne, die Regierungen in ganz Lateinamerika unter Druck zu setzen«, um die »US-amerikanische Vorherrschaft über die westliche Hemisphäre« zu erlangen, kommentierte die US-Agentur AP.

Ziel »Großnordamerika«

Unmittelbar nach dem Machtantritt von de la Espriella wurde Kolumbien erneut zum tragenden Pfeiler der US-Strategie in Lateinamerika. Auch Milei ermöglichte die Einreise von US-Militärs nach Argentinien und gemeinsame Manöver per Dekret – unter Umgehung der laut Verfassung erforderlichen Zustimmung des Kongresses. Anders als bei früheren Übungen waren die USA damit in dem – im Hinblick auf den Zugang zur Antarktis und die Verbindung zwischen zwei Ozeanen – strategisch wichtigen Gebiet des Südatlantiks präsent, dem das Pentagon im Konflikt mit China besondere Bedeutung beimisst. Hegseth kündigte den Aufbau einer »hemisphärischen Sicherheitszone« an, die er als »Großnordamerika« bezeichnete, das sich von der Arktis bis zum Äquator erstreckte.

Für Washington ist der Ausbau seines Einflusses auf dem amerikanischen Kontinent zur Priorität geworden. Lateinamerika und die Karibik sind reich an wichtigen Ressourcen – Lithium, Erdöl, Gas, Gold, seltene Erdmetalle, Süßwasser etc. – und sind zugleich ein wichtiger Korridor für den globalen Handel. Während sich der geopolitische Wettbewerb verschärft und die USA sich bereits seit längerem in einem systemischen Niedergang befinden, ist China zur globalen Wirtschaftsmacht aufgestiegen und hat sein Engagement in Amerika durch Infrastrukturprojekte, Handelsabkommen und Investitionen vertieft.

Der Rechtsruck in der Region und die enge Bindung einiger Regierungen an Washington bringen tiefgreifende strukturelle Veränderungen mit sich. Das gesamte chinesische Investitionsgerüst, insbesondere an der Andenküste – einem strategisch wichtigen Standort für den Handel mit Asien –, könnte davon

betroffen sein. Die seit der Eröffnung des Hafens von Chancay (Peru) geschaffene Infrastruktur und die freie Passage durch den Panamakanal befinden sich durch US-Beschränkungen in einer ungewissen Lage. Trumps Politik durchkreuzt zudem die Bestrebungen aller lateinamerikanischen Länder, neue Märkte zu erschließen und ihre Exporte zu diversifizieren. Die Möglichkeiten, sich in andere Richtungen als in den Norden des amerikanischen Kontinents zu vermarkten, werden geringer, wodurch sich der handelspolitische Spielraum verringert. Diplomatische oder handelspolitische Spannungen mit China könnten zudem unabsehbare finanzielle Folgen nach sich ziehen.

Da viele der derzeitigen rechten Regierungen und Staatsschefs nur mit einem knappen Vorsprung an die Macht gelangt sind, steht jedoch die derzeit geschlossen wirkende Front der Trump-Anhänger in Lateinamerika tatsächlich eher auf tönernen Füßen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/528276.lateinamerika-koalition-der-unterwürfigen.html>